

## FRAGESTUNDE

Beginn: 12.35 Uhr  
Ende: 13.30 Uhr

*Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 12.35 Uhr den Vorsitz.*

### 1.) Integrationsreferat

GRin. Dr. **Kanik-Richter** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

Dr. **Kanik-Richter**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Vor mittlerweile fast drei Jahren war vereinbart worden, in der Stadt Graz ein Integrationsreferat einzurichten. Wobei vorgesehen war, dieses Integrationsreferat mit zwei MitarbeiterInnen auszustatten, von denen zumindest eine beziehungsweise einer einen Migrationshintergrund haben sollte. Ein nicht unwesentlicher Faktor für eine zielgruppenorientierte Arbeit in diesem Bereich.

Im Herbst des Vorjahres hat bekanntlich nunmehr ein Hearing stattgefunden, und mittlerweile ist das Integrationsreferat mit einer Mitarbeiterin besetzt. Dass es sich dabei um eine sehr engagierte und kompetente Frau handelt, ist unbestritten. Allerdings fehlt ihr der Integrationshintergrund. Über den erforderlichen Migrationshintergrund werde aber, so hatte es geheißen, jene zweite Person verfügen, die im Februar im Integrationsreferat ihre Arbeit aufnehmen hätte sollen. Jedoch: Diese zweite Mitarbeiterin beziehungsweise diesen zweiten Mitarbeiter gibt es bis heute nicht.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

**Frage,**

ob, und wenn ja, bis wann damit zu rechnen sein kann, dass im Integrationsreferat der Stadt Graz ein Mitarbeiter beziehungsweise eine Mitarbeiterin mit Migrationshintergrund seine beziehungsweise ihre Arbeit aufnehmen wird? (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzte Frau Gemeinderätin! Es freut mich, dass Sie mich immer wieder auf das Integrationsreferat ansprechen, denn es kostet mich, aber auch mein Büro viel Arbeit in dieses wichtige Feld der Integration, also ein wesentlicher Bestandteil auch unserer Stadt Graz, Struktur hineinzubringen, da ich auch aus der Vergangenheit, auch von meinem Vorgänger keine Handlungsanleitung für die Stadt Graz und bislang auch ein relativ unkoordiniertes Geflecht von NGOs hinterlassen bekommen habe, die gute Arbeit geleistet haben und die dankenswerterweise auch immer mit Fördergeldern bedacht worden sind und quasi die Arbeit für die Stadt Graz selbständig gemacht haben. Jetzt haben wir gemeinsam ein Integrationsreferat geschaffen und deshalb arbeitet Frau Brigitte Köksal mit Volldampf daran, sich nicht nur bei allen NGOs jetzt vorzustellen, mit ihnen zusammenzuarbeiten, sondern wirklich auch daran, ein konkretes Konzept auf die Beine zu stellen, das dann auch Gegenstand von Diskussionen und Beschlussfassungen hier im Gemeinderat sein wird und ich bin froh, wenn wir das geschafft haben, weil dann hat sich die Stadt Graz selbst einmal zum Thema der Integration eine Konzeption gegeben, die über mehrere Jahre dann auch eingehalten werden sollen. Wir haben das Referat, wie Sie schon angemerkt haben, bereits mit einer Dame besetzt, die persönlich, nämlich familiären Migrationszugang hat. Frau Köksal ist seit zehn Jahren gemischt national, sie ist Österreicher, ihr Mann ist Türke und religiös ebenso gemischt, sie ist Christin, er Muslim, verheiratet und erfüllt damit, aber auch darüber hinaus, weil sie viele Jahre hauptberuflich, aber auch ehrenamtlich, einschlägig Integrationsarbeit geleitet hat, hervorragend alle von uns gewünschten Voraussetzungen. Faktum ist, sie hat einen Migrationshintergrund, sie lebt ihn tagtäglich und sie ist, wie gesagt, auch ein Profi auf diesem Sektor. Ich muss eben anfügen, dass in der Ausschreibung das Thema persönlicher Migrationshintergrund nicht näher definiert war und auch nur unter vielen, vielen anderen Kriterien angeführt war. Ich hoffe aber, dass es mir gelingen wird, nach

Vorlage einer konkreten Integrationsstrategie für Graz, das wird vor dem Sommer, so haben wir es uns vorgenommen, noch der Fall sein, Ihre Unterstützung zu finden, wenn es dann darum geht, alle finanziellen Mittel zu bündeln, das Referat im notwendigen Ausmaß auch personell aufzustocken und ich glaube, dass es dabei dann nicht mehr nur um eine zweite Referentin oder um einen zweiten Referenten geht, sondern, dass wir vielleicht da über mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der ganzen Verwaltung sprechen werden. Bis dahin bitte ich Sie noch um Geduld, wir sind fleißig an der Arbeit und mein Versprechen wird da sein, dass hier mindestens eine zweite Person, jetzt männlich oder weiblich, werden wir dann noch sehen, auch hier ins Integrationsreferat, wie vereinbart im Gemeinderat, folgen wird.

**Dr. Richter-Kanik:** Ich bin sehr geduldig, Herr Bürgermeister, diese Sache dauert seit drei Jahren. Ich kenne Brigitte Köksal sehr gut, ich kenne sie auch seit zehn Jahren und ich weiß, dass sie mit jemand aus der Türkei verheiratet ist. Ich bin auch mit einem Österreicher verheiratet, aber ich habe keinen österreichischen Hintergrund, wenn man so definiert den Migrationshintergrund, dann kann man auch so schauen. Für die Stadt Graz ist nicht schön, wenn wir mit Migrationshintergrund so definieren, für mich wäre gut, dass wir beide jemanden mit österreichischem Hintergrund und jemanden mit Emigrationshintergrund gleich einstellen, dann können wir zeigen, dass wir in diesem Bereich sehr ernsthaft sind. So verlieren wir die Glaubwürdigkeit von Stadt Graz (*Applaus SPÖ*). Und es ist ein Referat, ich bin seit drei Jahren in Stadt Graz im Gemeinderat, ich habe viele Referate gesehen, die gleich mit zwei Personen besetzt sind, und warum besetzt man dann im Integrationsreferat auch nicht mit zwei Personen? Meine zweite Frage ist: Sie ist allein seit ein paar Monaten, wenn sie krank wird, oder wenn sie Urlaub hat, was wird mit diesem Referat, ist es geschlossen oder wer vertritt dann, wer macht diese Arbeit (*Applaus SPÖ*)?

**Bgm. Mag. Nagl:** Über die Definition Migrationshintergrund könnte man wahrscheinlich lange diskutieren, ich glaube, dass wenn jemand zusammenlebt, mit

jemandem verheiratet ist, der von außen kommt und so lange beschäftigt war, dass dieser Migrationshintergrund mehr als gegeben ist, das ist das eine. Das Zweite ist, Sie wissen ganz genau, dass ich hier auch, weil wir, und Sie befassen sich auch heute im Gemeinderat wieder lange genug damit und mit vielen Stücken wieder damit, dass wir auch versuchen, die Personalkosten hier innerhalb des Magistrates möglichst in Grenzen zu halten, weil die Zuwächse, die wir sowohl im Pensionsbereich als auch im Personalbereich haben, eklatant sind. Sie wissen auch, dass in Wahrheit ja nicht nur eine Person und ich sage, weil Sie drei Jahre ansprechen, Integration in der Stadt Graz sollte es schon lange geben über viele Jahre, über Jahrzehnte hinweg, da war niemand da, wenn Sie es so definieren, wie Sie das tun. Ich glaube, dass immer schon Menschen da waren, die eben in den unterschiedlichsten Referaten gearbeitet haben und ich möchte es bündeln und bevor wir nicht ein konkretes Konzept haben, und dafür reicht nicht nur die Frau Köksal jetzt aus, weil sie es auch im Netzwerk mit NGOs macht, mit den Institutionen, wo wir auch selber Beteiligte sind, deswegen stellt sich die Urlaubsfrage da nicht so, das werden wir hinkriegen, vom Arbeitsfleiß her, noch vor dem Sommer soll es ein solches Konzept geben und wenn das Konzept da ist, brauche ich auch Ihre Unterstützung, es geht wirklich um Zusammenführen aller Kräfte, da werden wir alle gemeinsam anpacken müssen, das Thema Integration wird alle urbanen Räume Europas massiv betreffen, wir müssen eine Vorreiterrolle hier wieder einnehmen. Wir waren erst jetzt wieder im Ausland, wir haben auch gesehen, dass in manch anderen Städten nicht einmal ein Integrationsreferat noch da ist und ich bin auch Ihrer Meinung und Sie wissen, die Hearingskandidaten, die wir noch auf der Liste haben, die hier zum Einsatz kommen könnten, die haben den Migrationshintergrund, den Sie sich wünschen, dass sie also woanders geboren worden sind und dann nach Österreich kommen und da wird es dann einen zweiten oder vielleicht noch mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geben. Ich glaube, dass wir in den vergangenen Jahren zu wenig Mittel eingesetzt haben für den Integrationsbereich und dass wir gut beraten sind, diese Mittel und diese Ressourcen zu bündeln und zu erhöhen. Ich hoffe, damit einmal Ihnen heute Antwort gegeben zu haben und vor dem Sommer noch ein Stück dann zu haben, dass Sie dann auch endgültig zufrieden stellt (*Applaus ÖVP*).

Dr. **Richter-Kanik**: Ich finde Ihre Antwort nicht genug.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Frau Gemeinderätin, du hast schon die Zusatzfrage gestellt. Wir werden weiterbohren.

*Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 12.40 Uhr den Vorsitz.*

## **2) Veranstaltung am Karmeliterplatz während der Fußball WM**

GRin. Mag. **Taberhofer** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Der Gratiszeitung „Grazer im Bild“ ist zu entnehmen, dass während des gesamten Zeitraumes der Fußball-WM, also vom 8. Juni bis zum 9. Juli 2006, am Karmeliterplatz die Spiele dieses Wettbewerbes auf Großbildleinwand übertragen werden sollen. Außerdem ist auch an Gastronomie gedacht und im Rahmenprogramm sind Musikdarbietungen vorgesehen.

Viele BewohnerInnen der Inneren Stadt befürchten durch diese Veranstaltung erhebliche Belästigungen.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **F r a g e :**

Ist damit zu rechnen, dass diese Veranstaltungsreihe am Karmeliterplatz genehmigt wird und wenn ja, welche Auflagen werden den Veranstaltern erteilt? (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Gemeinderätin, zunächst, es stimmt nicht immer alles lückenlos, was in den Medien steht. Grundsätzlich ist zu sagen, dass die Hauptveranstaltung dieser Veranstaltungsreihe, nämlich die Darbietung von Spielen der Fußballweltmeisterschaft auf Videogroßleinwand, nicht für den Karmeliterplatz angesucht ist, sondern dass es geplant ist, diese Veranstaltung auf Privatgrund der EGT, quasi auf dem Dach der Pfauengartentiefgarage abzuhalten. Daher wird das Ansuchen über diese Veranstaltung vom Veranstaltungsreferat der Bundespolizeidirektion nach den entsprechenden gesetzlichen Grundlagen abgewickelt und sind auch entsprechende Auflagen oder Einschränkung von dieser Behörde zu erteilen. Was die Teile dieser Veranstaltung betrifft, die für das Straßenamt beziehungsweise den öffentlichen Raum relevant sind, ist zu sagen, dass für die Zeit dieser Fußball-WM-Übertragungen, also vom 9. Juni bis zum 9. Juli, für den Karmeliterplatz die Einrichtung eines Beachsoccerspielfeldes angesucht ist, allerdings in einer räumlich so eingeschränkten Form, dass etwa auch die Busspur frei bleiben soll. Weiters sind für die Abende vom 28. und 29. Juni Kabarettaufführungen am Karmeliterplatz beantragt sowie für den 7. Juli ein Konzert. Diese Ansuchen liegen seit kurzem vor und es werden in der kommenden Woche, konkret am kommenden Dienstag, die ersten Gespräch vor Ort über die konkrete Abwicklungsmöglichkeit stattfinden. Es wird dies in großer Runde geschehen, um auch allfällige Genehmigungen durch die Polizei auf Privatgrund mitzubedenken. Nach dieser Runde werden entsprechend den städtischen Veranstaltungsrichtlinien allenfalls Auflagen oder Vorschreibungen vorgenommen werden.

Mag. **Taberhofer**: Keine Zusatzfrage und danke für die Ausführungen.

### **3) Mineralöltanklager und Flüssiggasverladestation Ostbahnhof**

GRin. **Rücker** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

GRin. **Rücker:** Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Umschlagplatz von Flüssiggas, die zweite. Schon in der vergangenen Gemeinderatssitzung haben wir eine Anfrage an Sie gerichtet, mit welcher Haltung sich die Stadt Graz in das Verfahren zur geplanten Freiladeanlage und Umschlagplatz von Flüssiggas und Mineralöle südlich des Grazer Ostbahnhofes eingebracht hat. Mittlerweile sind Zweifel an der rechtmäßigen Verfahrensabwicklung entstanden und es stellt sich die Frage, inwieweit in diesem konkreten Fall nicht auch bau- und gewerberechtliche Vorschriften neben dem Eisenbahnrecht zur Anwendung gelangen müssten.

Daher stelle ich jetzt die

### **F r a g e**

an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat,

mit welchem Ergebnis wurde geprüft, ob das Verfahren zur Errichtung einer Freiladeanlage und Umschlagplattform für Flüssiggas (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) und Mineralöle südlich des Grazer Ostbahnhofes den Bestimmungen des Steiermärkischen Baugesetzes unterliegt?

StR. **Miedl:** Werte Frau Gemeinderätin! Ich habe das sehr ernst genommen, ich habe mir gedacht, wenn die Frau Gemeinderätin Rücker jetzt das zweite Mal in der gleichen Sache eine Anfrage an mich richtet, muss da was dahinter sein. Ich habe sämtliche damit befassten Behörden jetzt wirklich auf Herz und Nieren untersucht und geprüft, inwieweit haben wir eine Zuständigkeit und Frau Gemeinderätin, es tut mir Leid, ich hätte Ihnen gerne mehr gesagt, aber ich kann nicht, weil die Zuständigkeit in einem solchen Verfahren nämlich nach dem Eisenbahngesetz abgewickelt werden muss. Ich kann es nur nicht ändern. Sämtliche Verfahren in Eisenbahnbehörde erster Instanz sind vom Landeshauptmann, in diesem Fall von der Fachabteilung 18e – Verkehrsrecht, durchzuführen. Die Vorhaben in die Zuständigkeit der Eisenbahnbehörde fallen also dort hinein und eine sachliche Zuständigkeit des A 17 ist für uns nicht gegeben. Ich habe, Frau Gemeinderätin, auf

Grund der Anfrage vom letzten Mal war ich nicht untätig, weil die Versprechen, die ich sozusagen dem Gemeinderat gebe, versuche ich wirklich einzuhalten...

**Zwischenruf GRin. Krامل: Davon gehen wir aus.**

StR. **Miedl:** ...und ich habe den Eisenbahnern geschrieben einen Brief, in dem ich formuliert habe, dass ich künftig wünsche, dass sämtliche Verfahren, die nach dem Eisenbahnerrecht abzuwickeln sind und umweltrelevante Themen dabei sind, dass sie in Kompetenzsituation das Präsidialamt darüber informieren und es nach Möglichkeit beiziehen. Diesen Brief gibt es, ich gebe Ihnen gerne diesen Brief in Kopie. Ich kann leider nicht mehr jetzt nochmals hier anführen, als dass eine Zuständigkeit für die Stadt und das Bauamt der Stadt nicht besteht. Ich weiß gar nicht, ob ich es mir wünschen sollte, weil es sehr komplizierte Verfahren im Regelfall sind, deswegen sind sie auch in einem speziellen Verfahren geregelt, das ist geltende Gesetzeslage.

GRin. **Rücker:** Ich sehe die Ernsthaftigkeit, mit der Sie auf diese Frage eingehen einerseits, auf der anderen Seite gibt es natürlich ganz berechtigte Befürchtungen, diese Anlage liegt inmitten sehr dicht genutzten Raumes, wir haben dort das Stadion, wir haben dort eine Heimgartenanlage, es sind Wohnanlagen dort, es ist ein Kindergarten direkt anschließend in der Nähe, das heißt, aus Sicht der Stadt stellt sich dort ein Sicherheitsbedürfnis auch der AnwohnerInnen und NutzerInnen der Gegend ganz deutlich dar und von uns aus stellt sich die Frage neben dem sachlich womöglich richtigen Tatbestand, dass es eben Eisenbahnrecht ist, inwieweit die Stadt trotzdem Möglichkeiten hat, sich in dieses Verfahren und nicht nur in zukünftige Verfahren umgehend einzubringen, ob Sie da irgendwelche Möglichkeiten sehen, sich in dieses Verfahren trotzdem mit einer Position einzubringen?



StR. **Miedl**: Frau Gemeinderätin, ich habe ein längeres Gespräch mit der Leiterin des Präsidialamtes hier im Haus geführt, die mich bestätigt in meiner Rechtsauffassung, ich habe sie aber auch gebeten, mit den zuständigen Eisenbahnbehörden Kontakt aufzunehmen, was sie auch getan hat. Das heißt, das Wollen der Stadt ist vorhanden und ich darf Sie einladen, Frau Gemeinderätin Rücker, wenn Sie Möglichkeiten sehen, jetzt aus Ihrer rechtlichen Sicht, die nicht ganz juristisch abgeklärt ist, ich lade Sie wirklich ein, dass man vielleicht telefonieren oder dass Sie einmal zu mir ins Büro kommen oder wir treffen uns, um diese Dinge abzuklären, weil ich auch glaube, dass wir so weit als möglich Anraineranliegen genau in diesem Bereich auch wahrnehmen müssen. Wenn mir jede rechtliche Grundlage fehlt (*Bgm. Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), tue ich mir natürlich sehr schwer. Einladung steht, wenn Sie eine Möglichkeit sehen aus Ihrer rechtlichen Sicht, bitte es mich wissen zu lassen und dann gehen wir gemeinsam vor. Das Wollen, das uns hier sozusagen antreibt, ist ident und ich denke, wenn es Möglichkeiten gäbe, bin ich der Erste, der bereit ist, das zu unterstützen.

## 5) Gastgartenregelung

GR. Dr. **Sickl** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

Dr. **Sickl**: Betreffend die Gastgartenregelung hätte ich folgende Frage: In der letzten Gemeinderatssitzung wurde auch das Thema Sperrstunden im Rahmen eines dringlichen Antrages von der KPÖ behandelt. Dieser Antrag erhielt jedoch nicht die Mehrheit, insbesondere deswegen, weil darauf verwiesen wurde, dass derzeit gerade ein Erhebungs- und Ermittlungsverfahren durchgeführt wird.

Am 17. März war in einer Grazer Wochenzeitschrift zu lesen, dass von Ihnen, sehr geehrter Herr Stadtrat Miedl, noch in dieser Woche, spätestens aber am 24. März 2006, eine „Schanigarten-Verordnung“ erlassen werden soll. Die Sperrstunde soll, laut Ihren Aussagen in der besagten Zeitung, bei 23.30 Uhr bleiben. Mich würde nun sehr interessieren, wie das Ergebnis des objektiven Erhebungs- und

Ermittlungsverfahrens lautet und ob die Absicht besteht, dass dieses Thema im Gemeinderat diskutiert wird.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher die

### **F r a g e**

ob Sie darlegen können, wie nun der Stand des Verfahrens ist? Ich muss auch dazu nachbringen, weil diese Anfrage haben wir ja bis Dienstag um 10.00 Uhr abgeben müssen, dass in einer anderen Zeitung schon ein bisschen mehr gestanden ist, trotzdem möchte ich ganz gerne eine Aufklärung von Ihnen.

***Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 12.55 Uhr den Vorsitz.***

StR. **Miedl:** Frau Gemeinderätin, danke für die Anfrage. Zum Ersten ist Ihnen wie mir bekannt, dass auf Grund einer geänderten Gesetzeslage die Verordnung des Landeshauptmannes von Steiermark, nämlich alle Gastgärten in der Zeit von 8.00 bis 24.00 Uhr offen zu halten, vom Verwaltungsgerichtshof behoben wurde. Gleichzeitig gibt es eine Übertragung an die Gebietskörperschaften, nämlich die Gemeinden, das in ihrem eigenen Wirkungsbereich zu regeln. Verantwortlich für das Einbringen eines Verordnungsentwurf bin ich, weil das A 17 mir zugeteilt ist, darüber zu befinden hat der Stadtsenat als Kollegialorgan. Ich habe in der letzten Stadtsenatssitzung den Damen und Herren und Mitgliedern des Stadtsenates angekündigt, dass ich vor hätte für Freitag, also für morgen, eine solche Verordnung einzubringen, dieses Vorhaben kann ich nicht ganz halten und ich werde Ihnen auch gleich sagen warum. Grundsätzlich stimmt es, ich hatte vor, dem Stadtsenat folgenden Entwurf vorzuschlagen, nämlich ich würde ganz gerne die Sperrstundenregelung mit 23.30 Uhr für Gastgärten auf öffentlichem Grund und für Gastgärten auf privatem Grund vorschlagen. Gleichzeitig, das wäre meine politische Vorgabe, und ich werde Ihnen auch erklären wieso und gleichzeitig möchte ich, dass

diese einheitliche Vorgangsweise für beide Bereiche, die einen bestimmten Hintergrund auch haben, auch gleich mit einem für diejenigen, die sich nicht an diese liberale Verordnung halten, mit einem Sanktionsmodell sozusagen belegt wird. Das ist der Grund, weswegen sie morgen noch nicht in den Stadtsenat kommen wird. Das Sanktionsmodell sollte vorsehen Mindeststrafen in etwa einer anderen Höhe als bisher für Verletzer dieser Verordnung. Wenn ich eine liberale Verordnung sozusagen festlege, möchte ich, dass alle Beteiligten sich auch daran halten und dieser Strafwurf ist in die Verordnung noch nicht eingebaut gewesen, daher habe ich meinen Amtsleiter gebeten, bis zum nächsten Stadtsenat diesen Vorschlag auch einzubauen, er wird auch kommen. Gleichzeitig sage ich Ihnen, ich bin deswegen für eine Einheitlichkeit bei der Gastgartenregelung, weil sonst der Tourismus entsteht, das heißt, wenn Gastgärten unterschiedlich geschlossen werden, ist es so, dass von Gastgarten zu Gastgarten man mit unterschiedlichen Zeiten den aufsucht, vor allem dann, wenn man etwas getrunken hat und noch verweilen möchte. Mit einer einheitlichen Schließungszeit sind ein für allemal sozusagen die Gastgärten im gesamten Gebiet sind geschlossen und ich denke, dass damit auch eine zusätzliche Lärmentwicklung hintangehalten werden kann. Darüber hinaus, Frau Kollegin, hätte ich vor, dass wir in einer Debatte mit den beteiligten Gastwirten auch in diese Richtung appellieren, dass die Verantwortung auch bei ihnen liegt, das umzusetzen und einzuhalten. Ich glaube, das ist eine Vorgangsweise von der ich glaube, dass sie seitens der Gastwirte ernst genommen wird, dass die Vorgangsweise, in der Einheitlichkeit auch von den späteren Besuchern auch mit der notwendigen Akzeptanz in jede Richtung wahrgenommen wird und ich denke, das könnte eine Vorgangsweise werden, die von allen Beteiligten zu tragen wäre (*Applaus ÖVP*).

Dr. **Sickl**: Wären Sie bereit, es ist ja ein objektives Erhebungs- und Ermittlungsverfahren vorangegangen und da muss man ja auch Anrainer dazu einladen beziehungsweise ihre Stellungnahmen miteinbeziehen, wären Sie bereit, dass Sie uns dieses Ergebnis zukommen lassen?

StR. **Miedl**: Selbstverständlich können wir darüber reden, ich bin auch gerne bereit, dass man das zukommen lässt, ich gehe davon aus, Frau Kollegin, dass ich von Ihrer Haltung vom August 2003, wo Sie in einer Grazer Tagesordnung sagen, nachdem sich die Wirte größtenteils penibel an die Sperrstunde halten, glaube ich nicht, dass die Lärmsituation heuer besonders akut ist. Handlungsbedarf sehe ich jedenfalls keinen. Die Gastronomie ist ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor für Graz, ebenso wie für die Veranstaltungen. Sie sagen dann weiter, die hochgeklappten Gehsteige am Wochenende, wie das früher einmal der Fall war, ist kein Zustand, den Sie sich für Graz wünschen. Ausgehend von dem Umstand und der Tatsache denke ich, dass wir durchaus konform gehen mit der Ansicht, die ich vertreten habe, habe mir das sehr gut angeschaut und glaube, dass Sie wahrscheinlich in Ihrem Willen gar nichts anderes wollen als ich (*Applaus ÖVP*).

Dr. **Sickl**: Also erstens einmal war das zu einem Zeitpunkt.. Na was jetzt, Entschuldigung, kriege ich das jetzt, ja oder nein.

Bgm.-Stv. **Ferk**: So schon gar nicht, liebe Frau Gemeinderätin, also liebe Frau Gemeinderätin, die Zusatzfrage haben Sie gestellt, die Antwort ist gekommen nach der Geschäftsordnung, sage ich danke, Sie können auch dann noch weitersprechen mit dem Herrn Stadtrat. Sie sind jetzt nicht mehr am Wort. Sie haben kein Recht auf die inhaltliche Beantwortung, die Zusatzfrage ist gestellt worden, tut mir Leid, Sie können ja noch einmal heute noch, es gibt ja noch Anfragen und andere Dinge, das können Sie alles tun.

## 5) Leben in Würde

GR. Univ.-Prof. Dr. **Hammer** stellt an StRin. **Kaltenbeck-Michl** folgende Frage:

Dr. **Hammer**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sie haben im Rahmen der Gemeinderatssitzung vom 16. 2. 2006 die folgende Aussage getätigt, welche durch die Schriftführung festgehalten wurde und im Protokoll der Sitzung nachzulesen ist: „.... wir wollen die volle Erwerbstätigkeit der Frau fördern, weil das die einzige Chance für ihre Eigenständigkeit, für ihr selbst bestimmtes Leben ist, für ein Leben in Würde und für ein Leben in Unabhängigkeit ...“ Wir in der ÖVP haben einen anderen Zugang zur Menschenwürde, der sich vielleicht mit dem Zitat des Schweizer Schriftstellers Max Frisch am besten beschreiben lässt: Die Würde des Menschen besteht in der Wahl.

Meine Bitte, bei der letzten Gemeinderatssitzung, sich bei jenen Frauen zu entschuldigen, denen sie die Würde absprachen, weil diese Frauen nicht jene Lebensweise wählen, die Sie, Frau Stadträtin, als die einzige Chance für ein Leben in Würde ansehen, haben Sie mit den Worten abgelehnt sie hätten „ ... das Wort Würde nicht einmal in den Mund genommen...“.

Nachdem ich nun, nach Vorliegen des Protokolls, Ihrer Bitte aus der letzten Gemeinderatssitzung, Sie zu zitieren, nachkommen kann, wiederhole ich meine

### **F r a g e**

aus der Gemeinderatssitzung vom 16. 2. 2006:

Sind Sie bereit, sich bei jenen Frauen, denen Sie in Ihrer Aussage die Chance absprechen, ein Leben in Würde zu führen, zu entschuldigen? (*Applaus ÖVP*)

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat Hammer! In Ihrer Anfrage geht es um Würde, um Menschenwürde, ein philosophischer Begriff, der viele unterschiedliche Interpretationen zulässt und auch Ihre Anfrage an mich macht deutlich, dass Sie Herr Gemeinderat und ich offensichtlich nicht dasselbe meinen, wenn wir von Würde reden, wiewohl sich meine Begrifflichkeit von Würde durchaus auch der Begrifflichkeit von Max Frisch annähert. Ja, es ist richtig, ich habe in

meinem Statement von Würde geredet, gebe auch gerne zu, dass ich irrtümlicherweise das dann nicht mehr in Erinnerung gehabt habe, aber Ihren Vorwurf, ich würde Frauen, die nicht einem vollen Erwerbsleben nachgehen, die Würde absprechen, den weise ich schlicht und einfach zurück. Ich halte das für eine Unterstellung. Nach meinem Verständnis des Begriffes und nach meinem Menschenbild kann man nämlich Menschen überhaupt nicht Würde absprechen, weil Würde etwas ist, was allen Menschen innewohnt, ich denke, da sind wir uns einig. Und ganz im Sinne der Philosophie Kants darf ich auch vielleicht etwas näher erklären, was meinen Begriff von Würde ausmacht und welches Menschenbild dahintersteht. Nachblättern im Lexikon der Philosophie finden Sie unter den Begriffen Würde, Menschenwürde, als Würde oder Menschenwürde bezeichnet man einen sozialen inneren sittlichen Wert der Persönlichkeit und auch, das erscheint mir sehr wichtig, das Verhalten im Wissen um diesen Wert. Nach Kants hat alles, was über jeden Preis erhaben ist, Würde. Würde ist ein innerer Wert und als Grundlage der Würde nennt Kant die Autonomie, da sind Frisch und Kant sehr nahe beisammen, wenn sie sagen, die Grundlage der Würde ist die Autonomie und genau in diesem Sinne war auch meine Aussage zu verstehen, darum bitte ich Sie, sie auch so zu interpretieren. Und ich würde, so wie ich es gemeint habe, auch jederzeit diese Aussage wiederholen, denn es geht nicht darum, dass die Frauen selbst kein Leben in Würde führen oder führen wollen, das ist ein Grundbedürfnis von Menschen selbstverständlich, sondern was ich sagen wollte ist die Tatsache, dass Frauen, die in Abhängigkeiten leben ökonomischer Art insbesondere aber natürlich auch anderer Art täglich Gefahr laufen, dass ihre Würde verletzt wird und Würde ist verletzbar und Würde ist etwas Verletzliches, das wissen wir und weil ökonomische Abhängigkeit eben das Gegenteil von Autonomie ist, von Selbstbestimmung und Emanzipation ist die Gefahr dieser Verletzung sehr groß, weil Frauen so wie Männer übrigens auch, das ist nicht nur ein Thema für Frauen die über keine eigenständige Existenzsicherung verfügen eben im Sinne Kants, nicht über jeden Preis erhaben sind, nicht über jeden Preis erhaben ist die abrufbar geringfügig beschäftigte Frau, die sich täglich verschlechternden Arbeitsbedingungen gegenüber sieht und eigentlich keine Möglichkeit hat, dieser schwierigen Situation zu entfliehen, weil sie sich in Abhängigkeit befindet, in wirtschaftlicher und vielleicht auch in anderer. Nicht über jeden Preis erhaben sind die vielen Frauen, in Österreich ist es jede vierte Frau, die einmal oder mehrmals gewalttätigen Auseinandersetzungen mit ihrem Mann

ausgesetzt ist, Gewalt ausgesetzt ist des Ehemannes, die sich gegen sie und die Kinder richtet und die, weil sie in ökonomischer Abhängig von ihrem Mann lebt, weil sie keine eigene Existenzsicherung hat, in diesen unbefriedigenden und dramatischen Lebensverhältnissen bleiben muss, weil es einfach schwierig ist, einen Neuanfang zu machen. Und nicht über jeden Preis erhaben ist zum Beispiel auch, und Sie mögen meinen, dass das ein weit hergeholtes Beispiel ist, aber aus vielen Gesprächen mit Frauen, die ich führe und ja viele von Ihnen natürlich auch, weil das gar nicht so wenig alltäglich ist, nicht erhaben über jeden Preis ist die Frau, die ihr Leben der Familie widmet, ausschließlich der Familie widmet und die dann und wann oder vielleicht regelmäßig und immer dann zu ihren Mann gehen muss um Geld fragen, wenn sie sich eine neue Strumpfhose kaufen möchte und es soll hier niemand sagen, dass es diese Lebensverhältnisse und Lebensbedingungen für Frauen in dieser Gesellschaft nicht gibt. Und nicht über jeden Preis erhaben ist die 60-jährige Frau oder auch darüber hinaus, die ihr Leben ausschließlich der Familie gewidmet hat und nach Scheidung oder nach Tod ihres Ehepartners in unglaublich kurzer Zeit sich in Armut befindet. Und ich möchte zusammenfassend noch einmal mein Verständnis und mein Menschenbild definieren, um weiteren Missverständnissen vorzubeugen, selbstverständlich jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben in Würde und jeder Mensch hat die Pflicht, dieses Recht zu respektieren und Politik hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es möglich machen, dass unter allen Umständen die Würde von Menschen gewahrt bleibt und Rahmenbedingungen hintanzuhalten, dass die Gefahren darstellen, dass die Würde von Menschen verletzt wird. Ich bin der Ansicht, und dazu stehe ich und wir sind der Ansicht, dass finanzielle Abhängigkeit von Frauen dazu führt, dass das Unrecht, das Frauen angetan wird, ihre Würde verletzt und daher treten wir für die Erhöhung der Chancen auf Erwerbstätigkeit von Frauen ein (*Applaus SPÖ*).

**Dr. Hammer:** Danke, Frau Stadträtin, für Ihre ausführliche Antwort. Sie haben sehr eindrücklich persönliche Schicksale und auch Tragödien geschildert und ich schätze Sie wirklich und das kommt aus dem Herzen, für Ihren Einsatz für diese benachteiligten Menschen. Wir sehen, die Gesellschaft hat aber natürlich viele Facetten. Die ÖVP sieht auch die anderen Seiten und das hat auch seinen Ausdruck

gefunden in der letzten Gemeinderatssitzung durch den Ausdruck der Gemeinderätin Uli Bauer des sich Zurücknehmenwollens, des Verzichtens auf materielle Güter zugunsten ideeller Werte und Erziehung der Kinder. Ich mag daran erinnern, am 8. Februar 2001 bekannte sich der Grazer Gemeinderat einstimmig zur Entscheidung, die Menschenrechte in den Mittelpunkt der Handlungen der Stadt zu setzen. Artikel 16, Punkt 3 der Menschenrechte sagt, die Familie ist die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat und der Artikel 25, Punkt 3 sagt, Mütter und Kinder haben Anspruch auf besondere Fürsorge und Unterstützung. Daher die Frage, wieder zurückgehend, was die Uli Bauer das letzte Mal gesagt hat, gestehen Sie den Frauen, die materielle Werte zurücknehmen wollen, um diesem Artikel 16 und Artikel 25 der Menschenrechte, zu denen sich die Stadt Graz bekannt haben, nachzukommen, gestehen Sie das diesen Frauen zu?

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Herr Gemeinderat! Ich meine über dieses könnten wir natürlich sehr lange reden. Selbstverständlich gestehen wir jedem Menschen zu, seinen Lebensentwurf zu verwirklichen, aber ich denke, dass Politik und insbesondere menschenrechtsorientierte Politik und insbesondere frauenpolitisch orientierte Politik auch die Aufgabe und die Pflicht hat, Menschen darauf hinzuweisen, welche Entwicklungen ihr Lebensentwurf mit sich bringen kann und ich sehe auch nicht den von Ihnen angesprochenen Widerspruch, mir geht es nicht darum, auseinanderzuhalten zwischen Ökonomie und Verzicht auf Geld und ideelle Werte, Herr Gemeinderat Hammer, ich denke doch, dass wir uns darin einig sind, dass Emanzipation, Emanzipation ist Freiheit von jeglicher Abhängigkeit, dass Autonomie und dass Selbstbestimmung keine ökonomischen, sondern eben ideelle Werte sind und genau um die Verwirklichung dieser ideellen Werte geht es der Sozialdemokratie in der Frauenpolitik und in der Familienpolitik. Und ich stehe natürlich auch dazu, jene Frauen, die sich entschlossen haben, keiner Erwerbstätigkeit nachzugehen, die Rahmenbedingungen auch so gut wie möglich zu machen, aber nicht, um sie zu Heim und Herd zu verlocken, sondern um sicherzustellen, dass wenn sie das tun, sie im Alter nicht in die Armutsfalle geraten und gerade deshalb gibt es ja seit Jahrzehnten von der Sozialdemokratie ein Pensionsmodell, das genau diese Frauen im Alter ihre Existenzsicherung absichern



will. Die Bundesregierung hätte ganz viel Zeit gehabt in den letzten Jahren, solche Pensionsmodelle zu installieren, sie würden diesen Frauen viel mehr bringen als das Kindergeld (*Applaus SPÖ*).

## 6) Finanzierung der EU-genormten Briefkästen

GR. **Haas** stellt StRin. **Kahr** folgende Frage:

GR. **Haas**: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Frau Stadträtin, liebe Elke! Bis Ende des Jahres 2006 müssen auf Grund einer Klage eines privaten postzustellenden Unternehmens die posteigenen Kästen durch „neutrale“ ersetzt werden, wie du sicherlich weißt. Was natürlich bei vielen Mieterinnen und Mietern für Verärgerung sorgt, da sie wieder mit Kosten rechnen, die ihrerseits zu tragen sind. Und besonders betroffen natürlich die MieterInnen in den städtischen Gemeindewohnungen.

Ich stelle daher an dich die

### **F r a g e ,**

liebe Frau Stadträtin, bis wann diese Briefkasten-Umstellung in den städtischen Gemeindebauten abgeschlossen sein wird, da voraussichtlich auch mit Klagen, wenn das nicht erfolgt ist, zu rechnen ist?

StRin. **Kahr**: Danke, sehr geehrter Herr Gemeinderat, liebe Peter! Ich möchte mich für diese Anfrage wirklich bedanken, weil sie mir ermöglicht, auch hier im Haus zur Umstellung der Hausbriefkastenanlagen die Kritik vor allem der KPÖ an dieser Umstellung auch hier zu formulieren und darzulegen. Wie du wahrscheinlich weißt, hat die Europäische Union vorgeschrieben, bis 2009 die bisherigen Postkästen durch neue Hausbrieffachanlagen mit individuellen Einwurfschlitzen, wie es so schön heißt,

zu ersetzen, zu denen auch private Postdienste Zugang haben. In Österreich, das muss ich wirklich hier anmerken, war man wieder besonders gehorsam, also vorauseilender Gehorsam, und hat sozusagen trotz begründeter Kritik von verschiedensten Seiten beschlossen, dass dieser Austausch eben, wie du schon gesagt hast, mit 1. Juli 2006 zu erfolgen hat. Hintergrund für diese Änderung ist, dass die vom Europäischen Parlament und Rat beschlossene weitere Liberalisierung der Postdienste auch in Österreich umgesetzt wird. Die Kosten für diese Umstellung müssen die Hauseigentümer tragen. Meine persönliche Meinung ist, dass für die Umstellung dieser Kosten auch jene herangezogen werden sollten, die davon auch profitieren und das sind in erster Linie die Werbeindustrie und die privaten meist internationalen Zustell- beziehungsweise Postdienste. Ich möchte jetzt hier aber keine Grundsatzdebatte über die Europäische Union halten, aber wie schon gesagt, möchte ich nochmals erwähnen, dass hier diese Vorgangsweise ich für falsch halte und die Regierung hier vorauseilend gehandelt hat. Die Proteste aber, und das finde ich positiv letztendlich, die auch in Graz nicht in geringer Anzahl seitens der Bevölkerung gekommen sind gegen diese EU-Briefkästen, haben zu einer Sensibilisierung über die Gefahren der Überregulierung und der schrankenlosen Liberalisierung öffentlicher Dienste beigetragen. Jetzt ist aber dieses Gesetz in Kraft und wir müssen auch in unseren Grazer Gemeindewohnungen neue Hausbrieffachanlagen installieren. Bei Nichtbeachtung dieser Verpflichtung kann gemäß § 29 Abs. 1 Ziffer 7, wie du schon angemerkt hast, eine Verwaltungsstrafe bis zu Euro 21.801,- verhängt werden. Unabhängig davon haben private Postdienstleister mögliche zusätzliche Schadenersatzansprüche. Die städtische Wohnhausverwaltung hat gemeinsam mit den in Graz tätigen Wohnbaugenossenschaften die kostengünstigste Ausschreibungsvariante für die MieterInnen und für die WohnungseigentümerInnen gesucht, im August 2005 die erforderliche Anzahl von Brieffachanlagen auch ausgeschrieben, und im Dezember 2005 wurde die Firma Eva als Bestbieter mit der Umrüstung beauftragt und mit der Fertigstellung beziehungsweise mit der Umrüstung wurde dieser Termin Ende 2006 vorgegeben. Da die Umrüstung auf die neuen Brieffächer eine öffentlich-rechtliche Verpflichtung darstellt, handelt es sich hier um Erhaltungsarbeiten nach dem Mietrechtsgesetz beziehungsweise nach dem Wohnungseigentumsgesetz. Das heißt, die Kosten sind daher aus der Mietzinsreserve beziehungsweise aus der Rücklage zu decken und belasten die MieterInnen und die WohnungseigentümerInnen nur

indirekt. Ganz konkret heißt das, dass die Vorschriften für die Mieten, für unsere Mieterinnen und Mieter in den städtischen Gemeindewohnungen nicht erhöht werden (*Applaus KPÖ*).

GR. **Haas**: Danke für die Beantwortung.

## 7) Gastgarten - Sperrstunde

GRin. **Binder** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Miedl! Eigentlich sollte Christina Jahn diese Frage stellen, aber in ihrem Namen habe ich das übernommen. Zum Teil haben Sie schon eine Antwort gegeben, wenngleich ich feststellen muss, dass sie natürlich aus grüner Sicht eine sehr unbefriedigende Antwort ist, weil schon aus der Antwort sehr klar hervorgegangen ist, dass Sie die Standorte generell mit 23.30 Uhr Öffnungszeit belegen und nicht so, wie es gesetzlich möglich wäre und auch vorgesehen ist, hier separate Prüfungen stattfinden je nach Bedürfnislage. Die Antwort darauf haben Sie gegeben. Ich habe trotzdem noch eine andere

### **F r a g e**

an Sie diesbezüglich, nämlich: Wieweit ist es möglich, dass nicht nur die Prüfunterlagen an uns Gemeinderätinnen und Gemeinderäte übermittelt werden, sondern wieweit ist es auch möglich, dass AnrainerInnen Einsicht nehmen können in die Prüfunterlagen?

StR. **Miedl**: Liebe Frau Gemeinderätin! Ich habe mir das sehr genau angeschaut und sage Ihnen, dass die Stellungnahmen unserer Amtssachverständigen, sowohl die

des Stadtplanungsamtes wie auch die des Umweltamtes, sich naturgemäß nicht auf einen einzelnen Standort beziehen können, sondern die müssen Rücksicht nehmen auf die Flächenwidmung insgesamt und auf die Bedürfnisse, und das ist sehr wohl geschehen, der ortsansässigen Bevölkerung, einerseits und der Touristen und Besucher andererseits, das heißt, da ist ein Mittelweg zu finden und auf Grund dieses Mittelweges kamen wir, oder vorerst muss ich sagen, bin ich zur Ansicht gekommen und so lautet auch meine politische Absicht, dass man 23.30 Uhr für die öffentlichen Gastgärten vorschlägt und in Rücknahme, wir haben ja bislang bis 24.00 Uhr geöffnet gehabt in den Gastgärten die privater Natur waren, habe ich gesagt, wir gehen dort eine halbe Stunde zurück und machen eine einheitliche Verordnung, und ich sage Ihnen noch einmal Frau Gemeinderätin, mein Motiv war es, weil bei den Gaststätten in den Gastgärten selbst ja kaum Lärmentwicklung vorkommt. Wie wir alle wissen, geht es beim Wechseln der Gaststätte oder bei der Sperrstunde selbst, dort wird Lärm entwickelt. Kaum in der Gaststätte selber. Ich habe mir nämlich angeschaut, Frau Gemeinderätin, wie viele Anzeigen haben wir denn in Summe gehabt im Vorjahr. Es gab 21 Anzeigen, also eigentlich sehr, sehr wenig, weil der Wirt selber ja nur für das verantwortlich sein kann, was in seinem Bereich stattfindet. Wenn wir jetzt eine gestaffelte Verordnung machen würden und ich habe das wirklich auch sehr ernsthaft mir überlegt und geprüft, dann hätte ich genau diesen Tourismus von Gastgarten zu Gastgarten mehrmals am Abend und das wollte ich verhindern und ich versuche da Überzeugungsarbeit zu leisten, weil ich grundsätzlich dafür bin, dass wir erstens unsere Wirte nicht a priori kriminalisieren und sagen, sie würden alles was schlecht machen, im Gegenteil, die wenigen Anzeigen sprechen dafür, dass sie eigentlich sehr ordentlich sind. Auf der anderen Seite wollen wir genau das verhindern, was Gemeinderätin Sickl 2003 gegenüber den Medien gesagt hat, nämlich nicht die Gehsteige „hochklappen“, Graz soll zumindest im Sommer auch erlebbar werden, aber gleichzeitig, Frau Kollegin, möchte ich wirklich erreichen, dass wir dann sehr konsequent sind und ich sage Ihnen, das habe ich vorher noch nicht gesagt, wir haben einen Strafraum von bis zu 2.000 Euro nach der Gewerbeordnung und ich möchte erreichen, dass wir ganz klar unseren Gastwirten auch sagen, wenn sie sich an das Reglement, an die Bestimmungen nicht halten, dass wir eine Mindeststrafe von 1.000 Euro festsetzen. Das ist relativ hoch, das hat es bislang noch nicht gegeben, das war auch sozusagen das Argumentieren zwischen mir und dem Amt, weil ich glaube, man soll es den Wirten auch nicht

verschweigen, dass wenn wir eine solche Regelung einführen, die durchaus für alle verständlich ist und sich jemand dann nicht daran haltet, dass er mit Konsequenzen zu rechnen hat, die auch spürbar sind. Und daher glaube ich, und ich würde Sie bitten, uns dabei zu unterstützen, diesen einjährigen Versuch jetzt einmal auszuprobieren und nach einem Jahr zu evaluieren, was hat die Geschichte ergeben, wie schaut die Situation aus, um dann eventuell in bestimmten Gebieten tatsächlich zurückzugehen. Aber ich möchte zuerst das einmal so versucht wissen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Danke für die Antwort auf eine Frage, die ich so nicht gestellt habe. Und nicht mich müssen Sie bitten, diesem Versuch zuzustimmen, sondern all jene Anrainerinnen und Anrainer, die seit vielen Jahren unter dieser Lärmentwicklung bis 24.00 Uhr auch leiden. Ich möchte daher noch einmal meine Frage stellen. Ist es möglich, dass wir die Prüfunterlagen bekommen und dass auch die AnrainerInnen, die Betroffenen, auch eine Einsichtnahme in diese Prüfunterlagen bekommen von Ihnen?

StR. **Miedl**: Ja, habe ich vergessen zu beantworten. Grundsätzlich bin ich beziehungsweise der Stadtsenat dafür verantwortlich. Bin auch bereit, diese Verantwortung zu tragen. Ich sage Ihnen, wenn wir diese Prüfunterlagen, die jetzt in Summe für bestimmte Flächen ausgewiesen sind, herausgeben, ich muss mit meinem Amt reden, inwieweit die Möglichkeit besteht, dann habe ich natürlich das Problem, dass die eine Region sich gegen die andere das ausspielt und ich wollte eine generelle Lösung, die man probeweise ab heuer mit Beginn 15. Juni sozusagen macht. Ich werde es prüfen, ob die Möglichkeit besteht, grundsätzlich gibt es von dem Verfahren, Frau Kollegin, das wollte ich Ihnen auch noch sagen, es ist ein Unterschied von einem normalen Verwaltungsverfahren, wo sozusagen Parteien und Anrainer Einsichtsmöglichkeit in die Aktenunterlagen haben von einem behördlichen Verfahren. Das ist ein behördliches Verfahren und dient dazu, dass die Behörde und die Vertreter der Behörden zu einer Ansicht kommen, einer Rechtsansicht, dieses

Verfahren ist an sich vom Grund her nicht geeignet, dass man sozusagen dort Bürgerinteressen auch einfließen lässt, sondern das muss durch uns, durch die Politik abgedeckt und verantwortet werden. Das heißt, grundsätzlich glaube ich, so viel als möglich an Information und Mitsprache, wenn es aber darum geht, dass wir bestimmte Dinge verantworten sollten in der Politik, für das sind wir da, für das werden wir bezahlt, sollte man es auch verantworten, muss eh dafür geradestehen, weiß eh, dass das nicht so einfach ist, das ist ein unregelmäßiges Problem, sage ich Ihnen, nicht nur in Graz, sondern überall, mit Ausmaß wenn es südlicher geht, dort ist man sehr viel offener und liberaler, dann denke ich, sollten wir das auch verantworten (*Applaus ÖVP*).

## 8) Parkleitsystem

GR. **Lozinsek** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Lozinsek**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Einkaufszentren, sowohl außerhalb der Stadt wie auch am Stadtrand innerhalb von Graz ziehen vermehrt Kaufkraft aus der Innenstadt ab. Die Handelsmarketinggesellschaft und die Grazer Tourismusgesellschaft sind sehr bemüht, dieser Entwicklung gegenzusteuern, vermissen jedoch entscheidende verkehrspolitische Maßnahmen seitens der Stadt, die es vor allem kaufwilligen Besuchern unserer Stadt erleichtern würden, ihr angestrebtes Ziel, die Innenstadt, rasch und bequem zu erreichen. Darüber hinaus kann es in Zeiten von erhöhten Feinstaubwerten nicht im Sinne einer ökologisch orientierten Verkehrspolitik sein, Parkraumsuchende im „Kreis zu schicken“.

Viele deutsche Städte, aber auch österreichische, wie etwa Linz, verfügen über ein effizientes Parkleitsystem, das die Parkplatzsuchenden zielorientiert zu freien Stellplätzen führt.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stellt ich daher die

**Frage,**

ob Sie als zuständiger Stadtrat die Idee eines funktionierenden Parkleitsystems so weiterverfolgen, dass mit einer Umsetzung noch in dieser Gemeinderatsperiode zu rechnen ist?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat! Ich würde am liebsten die Frage mit einem kurzen Ja beantworten, kann das aber einfach deshalb nicht, weil ich die Vorzüge eines guten Parkleitsystems kenne von anderen Städten, weil mir klar ist, dass ein gutes Parkleitsystem Umwegfahrten, Suchfahrten auch vermeiden hilft, dass es im Sinne einer möglichen Abwicklung der Wege mit kurzen Entfernungen selbstverständlich dient, Feinstaubproblematik usw., kann das aber einfach deshalb nicht und zwar, weil wir in Graz, ich denke mir jedenfalls mit gutem Grund, andere Prioritäten gesetzt haben und mit der Finanzierung dieser anderen Prioritäten ohnehin sehr, sehr stark zu kämpfen haben, und zwar möchte ich an dieser Stelle einfach erwähnen, dass wir auch jetzt noch dabei sind mit großen Verhandlungsanstrengungen die notwendigen Mittel für attraktive Park-&-Rideangebote sicherzustellen. Wir haben eine derartige Anlage in Realisierung bei der Endstelle der verlängerten Linie 4 und wir diskutieren im Moment über zwei weitere Park-&-Rideanlagen, nämlich in Puntigam und in Mariatrost. Das heißt, dass diese Maßnahmen eben aus verkehrspolitischer Sicht gerade mit Rücksicht auf die Finanzen eindeutige Priorität vor Maßnahmen wie etwa einem dynamischen Parkleitsystem haben, denn ich denke, es geht wahrscheinlich in Ihrer Frage um ein dynamisches Parkleitsystem. Wir haben ein analoges Parksystem, möchte bei dieser Gelegenheit anführen, wir haben ja für das Kulturhauptstadtjahr 2003 gemeinsam mit dem Land ein stadtweites statisches Stadtleitsystem eingerichtet, das auf die anderen Bezirke, auf Sehenswürdigkeiten hinweist und auf Parkgaragen im gesamten Stadtgebiet, also das statische haben wir, das System ist immer noch nicht ganz umgesetzt, die Fertigstellung ist im Moment im Gange. Ich möchte noch gerne eine zweite Antwort dazu geben und zwar wir hatten das dynamische Parkleitsystem in einem Trendsetterprojekt enthalten, als Teilmodul dieses Projekt musste dann, oder dieser Teil musste dann aufgelassen werden, weil wir die Landesmittel nicht bekommen haben. Es steht sozusagen im Konzept immer noch an, aber es hat, wie gesagt, durch die fehlenden Landesmittel ist es nicht zu einer Realisierung

gekommen. Ich muss darauf hinweisen, muss ich leider sagen, dass die Realisierung sicherlich ein Millionenprojekt ist, das dynamische, und zwar das Teure ist weniger die Software, sondern das Teure ist die Hardware, das sind die Einrichtung der Tafeln und abschließend nur nochmals wäre aus meiner Sicht eine sehr günstige Sache, sehr gute Sache, wenn es nicht gelingt, eine andere Finanzierung als eine Finanzierung über das Budget der Stadt Graz aufzutreiben, dann ist es im Moment leider nicht an oberster Priorität stehendes Projekt.

**GR. Lozinsek:** Eine traurige Nachricht, die ich hier vernehmen muss von Ihnen Herr Stadtrat, wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist also nicht nur jetzt in diesem Jahr dieses Projekt nicht budgetiert in irgendeiner Form, sondern wird auch nicht im nächsten Jahr der Fall sein, das heißt, für die gesamte Gemeinderatsperiode stellt das keine Priorität dar, wofür zusätzlich finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Meine Frage daher: Gibt es von Ihrer Seite her, Sie haben das ja angesprochen, wenn es uns oder Ihnen oder wem auch immer, der Stadt Graz nicht gelingt, hier andere Budgetierungen in irgendeiner Form durch Private, gehe ich davon aus, dass Sie die ansprechen, zu aktivieren, sind Sie da an der Sache dran, bemühen Sie sich, wird von Seiten der Stadt Graz dahingehend auch gearbeitet oder ist das ein Wunsch, der geäußert wurde, aber wird nicht weiter verfolgt, jetzt aktiv im Sinne von es werden Gespräche geführt, es werden entsprechende mögliche Finanziers angesprochen, sich in irgendeiner Form zu beteiligen.

**Dr. Rüschi:** Die Antwort ist ganz klar, nochmals, wir haben ein Konzept dafür in der Tischschublade ausgearbeitet für das Trendsetter-Programm. Es liegt an der Finanzierung, die Tür, die aus meiner Sicht relativ schmal, aber doch offen ist, das ist, dass erstens diese Landesmittel fließen und dass es zweitens zusätzliche Finanziers gibt. Wenn das der Fall ist, dann hat das aus unsere Sicht selbstverständlich Priorität, die unterschiedliche Reihung ergibt sich einfach auf Grund der Finanzierungsmöglichkeiten aus dem Budget der Stadt Graz (*Applaus ÖVP*).